

## „Die EU ist wie ein Mensch, der mit offenem Magen herumläuft“

Stand: 17.04.2022 | Lesedauer: 7 Minuten



Von **Mandoline Rutkowski**  
Redakteurin im Ressort Außenpolitik



Der albanische Ministerpräsident Edi Rama

Quelle: via REUTERS

Der Ukraine-Krieg hat auch den Balkan in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt. Albanien Ministerpräsident Edi Rama erklärt, warum es für die EU gefährlich ist, die Länder der Region nicht aufzunehmen – und warum er die Kritik an Deutschlands früherer Russland-Politik für unfair hält.

Seit Jahren wartet Albanien darauf, dass die Gespräche über seinen Beitritt zur Europäischen Union (EU) endlich beginnen. Doch bislang ist das nicht passiert. Ministerpräsident Edi Rama (/themen/edi-rama/) hat in dieser Woche bei seinem Berlin-Besuch um Deutschlands Unterstützung in Brüssel geworben. Im Interview erklärt der 57-Jährige, warum der Balkan von zentraler Bedeutung für Europa ist – und was der Krieg in der Ukraine für die Region bedeutet.

**WELT:** Herr Rama, Angela Merkel hat sich als Kanzlerin stets für einen EU-Beitritt der Balkanstaaten eingesetzt. Sie haben in dieser Woche ihren Nachfolger Olaf Scholz getroffen. Glauben Sie, er wird dieser Richtung folgen?

**Edi Rama:** Es ist sehr lustig, wie ähnlich sich Angela und Olaf Scholz sind. Wir haben im selben Büro wie damals gesessen, es war, als wäre ich dort mit der gleichen Person: die Körperhaltung, die Art zuzuhören – sehr respektvoll, effektiv, viel Substanz in wenigen Worten, ein nüchternes Lächeln. Der Bundeskanzler zeigte sich sehr gewillt, den Beitrittsprozess für Albanien zu beschleunigen. Er wirkte in gewisser Weise wie eine wiedererstarke Angela Merkel.

**WELT:** Sie haben vor vier Jahren in einem Interview mit WELT

(</politik/ausland/plus174912912/Albanien-Warum-Premier-Edi-Rama-jetzt-ueber-den-EU-Beitritt-verhandeln-will.html>) gesagt, es sei paradox, dass Albanien noch immer kein EU-Mitglied sei. Bis heute haben die Beitrittsverhandlungen nicht begonnen. Wo liegt das Problem?

**Rama:** Ich habe es auf die harte Tour gelernt: Es reicht nicht aus, die EU zu lieben, ihr ergeben zu sein und alles zu tun, was sie verlangt, damit sie in eine Heirat einwilligt. Denn es geht nicht um uns, sondern um sie. Die Europäische Kommission gibt seit vier Jahren grünes Licht, doch ständig sagt jemand im EU-Rat Nein

(</politik/ausland/article205818319/Albanien-und-die-EU-Im-deutschen-Konsulat-wartet-man-mehrere-Monate-so-gross-ist-der-Andrang.html>) – und der Prozess liegt wieder auf Eis.

**WELT:** Warum passiert das?

**Rama:** Zum Beispiel, wenn nationale Wahlen anstehen. Einige Regierungen in der EU sind Geiseln national-populistischer Narrative – etwa solchen, dass, wenn die EU ein Land als neues Mitglied willkommen heißt, immer mehr folgen werden. Es ist ein taktisches Manöver, weil sie Angst vor der öffentlichen Meinung haben.

**WELT:** Die Korruptionsbekämpfung ist eine der Voraussetzungen für eine EU-Mitgliedschaft. Im „Corruption Perceptions Index“ (Korruptionswahrnehmungsindex) von Transparency International ([https://www.transparency.org/en/cpi/2021?gclid=EAIaIQobChMIvsj\\_9uiV9wIVQ53VCh1eqAZ\\_EAAYASAAEgKfiPD\\_BwE](https://www.transparency.org/en/cpi/2021?gclid=EAIaIQobChMIvsj_9uiV9wIVQ53VCh1eqAZ_EAAYASAAEgKfiPD_BwE))

liegt Albanien im unteren Bereich, im Jahr 2021 belegte es Platz 110 von 180. Ist Ihr Land wirklich bereit für die EU?

**Rama:** Ich traue diesem Transparenz ... – was auch immer das ist – keine Sekunde lang. Wir haben so viele Fortschritte erzielt. Nur ein Beispiel: Albanien hat heute 95 Prozent seiner Dienstleistungen digitalisiert. Als ich in die Politik kam, wurde keine davon digital verwaltet. Die Leute mussten stundenlang anstehen, um ein Dokument zu bekommen. Alles war korrupt. Wie ist es möglich, dass diese Leistung unser Ranking nicht verbessert hat? Nicht zu vergessen unsere Justizreform.

**WELT:** Die EU diskutiert über gemeinsame Schulden. Auch vor diesem Hintergrund könnten einige Länder zögern, ein ökonomisch schwaches Land wie Albanien aufzunehmen, insbesondere nach den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie und des Ukraine-Krieges.

**Rama:** Albanien ist vielleicht nicht reich, aber man sollte nicht vergessen, dass es, wie alle Länder auf dem Balkan, klein ist. Der Balkan ist geostrategisch sehr wichtig. Es ist gefährlich für die EU, dass die Balkanländer keine Mitglieder sind, die EU wäre sicherer und stärker mit ihnen. Momentan ist die EU die einzige geografische Realität mit einer Innengrenze, sie ist wie ein Mensch, der mit offenem Magen herumläuft. Er ist anfällig und muss diese Wunde schließen, um sich selbst zu schützen. Ein Beispiel: Während der Flüchtlingskrise 2015 kamen Menschen aus der Türkei nach Griechenland in die EU, verließen die Union dann wieder über Mazedonien, reisten über Serbien und dann über Kroatien wieder in die EU ein. Wenn die Balkanländer EU-Mitglieder gewesen wären, wäre es viel einfacher gewesen, die Stärke der Flüchtlingswelle abzuschwächen, weil man den Balkan als Pufferzone hätte nutzen können. Anträge wären schon dort bearbeitet und Menschen an der ungeordneten Einreise in die EU gehindert worden.

**WELT:** Was, wenn die EU – um es mit Ihren eigenen Worten zu sagen – niemals zustimmen wird, Albanien zu heiraten? Wann ist Ihr Geduldsfaden überspannt, und Sie suchen nach einem neuen Partner, vielleicht etwas weiter östlich?

**Rama:** Wenn die EU uns nicht heiratet, werden wir alt werden, ohne je den Bund der Ehe einzugehen. Wir werden Europas Nonnen sein. Aber wir werden den Versuch niemals aufgeben, die EU – und niemanden sonst – zu heiraten.

**WELT:** Reden wir über den Krieg in der Ukraine. Albanien bezieht viele Rohstoffe von dort, aber auch aus Russland. Die Preise für Treibstoff und Weizen sind rasant gestiegen, was im

vergangenen Monat zu Massendemonstrationen geführt hat. Wie wollen Sie sich aus dieser Abhängigkeit befreien?

**Rama:** Wir haben Probleme mit den Preisen, aber wir arbeiten derzeit eng mit unseren Importeuren und Partnerländern zusammen, um eine Aufstockung sicherzustellen. Es gibt eine wichtige Brücke zu Serbien, das seit vielen Jahren Getreide an albanische Unternehmen liefert. Wir haben Reserven geschaffen, indem wir unseren Grundnahrungsmittelimporteuren eine Garantie dafür gegeben haben, dass sie mehr als üblich kaufen können und mittelfristig keine Probleme bekommen. Die Preise sind immer noch hoch, explodieren aber nicht mehr. Wir haben auch ein „soziales Stabilitätspaket“ eingeführt, das Gelder, angepasst an die Preiserhöhung, für Rentner und andere vulnerable Gruppen sowie Subventionen für öffentliche Verkehrsunternehmen und Landwirte bereitstellt. Diese Schritte haben alle beruhigt.

**WELT:** Mit dem Ukraine-Krieg rückt Putins scheinbar unbegrenzter Machthunger näher an den Balkan heran. Glauben Sie, dass Russland die Region destabilisieren könnte?

**Rama:** Die Region ist verwundbar, weil der russische Einfluss sehr stark ist – nicht in Albanien, aber in Bosnien, Montenegro und vor allem in Serbien.

**WELT:** Serbien hat den Einmarsch in die Ukraine bisher nicht verurteilt und zeigt prorussische Tendenzen (</politik/ausland/article237977175/Serbien-Putins-Sieg-in-Europa.html>). Gleichzeitig pflegt Albanien enge Beziehungen zu Serbien, beispielsweise über die Freihandelsinitiative „Open Balkan“. Wie weit müsste sich Serbien auf Russland zubewegen, dass Albanien die Zusammenarbeit beendet?

**Rama:** Serbien bewegt sich nicht auf Russland zu. Im Gegenteil, es hat sich bei der Verurteilung der russischen Aggression in der UN-Generalversammlung überraschenderweise auf die Seite des Westens gestellt. Es ist ein sehr gutes Zeichen, dass Serbien nun dreimal gegen Russland gestimmt hat. Wenn Serbien das Gegenteil getan hätte, wäre das ein schwerer Schlag für unsere Zusammenarbeit gewesen.

**WELT:** Wie bewerten Sie Deutschlands Engagement im Ukraine-Krieg?

**Rama:** Lassen Sie mich offen zu Ihnen sein: Die Kritik an Angela Merkel und Frank-Walter Steinmeier halte ich für falsch. Ich denke, sie haben das Richtige getan, indem sie sich mit Russland und Putin befassten. Für diesen Weg gibt es historisch und politisch gute Gründe. Es ist bedauerlich, dass es ihnen nicht gelungen ist, die Umsetzung des Minsker Abkommens vollständig durchzusetzen, um diese Eskalation eventuell zu verhindern, aber ich würde ihnen keinen Vorwurf machen. Überhaupt nicht.

**WELT:** Kritiker sagen, hätte Deutschland eine härtere Haltung gegenüber Russland gezeigt, wäre es gar nicht erst so weit gekommen.

**Rama:** Ich stimme ihnen nicht zu. Es ist unfair; und ich kann mich auch nicht erinnern, dass die Kritiker ihre Bedenken vor dem Krieg so lautstark geäußert hätten. Ich glaube nicht, dass Merkel oder Steinmeier weich zu Putin waren. Sie haben sich nie davor gescheut, Russland zu verurteilen, wenn es nötig war.

**WELT:** Gleichzeitig bestanden sie auf dem Bau von Nord Stream 2, auch nach der Annexion der Krim.

**Rama:** Ich stehe zu meinen Worten. Und um ehrlich zu sein, ich habe große Angst, dass die Zeit zeigen wird, dass all diejenigen, die jetzt hart zu ihnen sind, falsch liegen.

**WELT:** Wie meinen Sie das?

**Rama:** Ich meine, dass die Eskalation in der Ukraine nichts mit Nord Stream 2 zu tun hat oder damit, dass Deutschland weich ist. Es geht um eine Eskalation des Machtverlustes in Moskau. Es liegt in der Natur dieser Art von Regimen, diesen Weg zu gehen. Wenn ein großes Land so viel Geld ausgibt, um eine militärische Weltmacht zu werden, während es wirtschaftlich so arm ist, wird es seine militärische Macht einsetzen. Denn es muss zeigen, dass die Gefahr real ist und es eine existenzielle Sache ist, in Kriege zu ziehen. Unser kommunistisches Regime gab sehr viel Geld aus, um eine halbe Million Bunker zu bauen, damit wir uns existenziell bedroht fühlten, während Albanien so arm war, wie es nur sein konnte. Inzwischen ist es sinnlos zu argumentieren, wir sollten der Ukraine nicht helfen, ihren Luftraum zu schützen, weil dies von Putin als Vorwand verstanden werden könnte. Diktatoren wie Putin, Hitler und Stalin brauchen keinen Vorwand, um etwas zu tun. Sie schaffen selbst einen, wenn sie ihn

brauchen. Der Westen sollte keine Angst haben, wir sollten der Ukraine Flugzeuge und Panzer geben, damit sie ihren Himmel und ihr Land selbst schützen können.

---

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/238199807>